

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Mittelbadischer Courier. 1896-1936 1934**

18 (22.1.1934)

# Mittelbadischer Kurier

Ettlinger Tagblatt mit den neuesten Handels-Nachrichten für Stadt und Bezirk Ettlingen

Verlag: Buch- und Steinbruderei R. Barth-Ettlingen, Dombühlstraße 26, Fernruf 78. — Postfachkonto 1181 Karlsruhe. Hauptredakteur: R. Barth-Ettlingen, verantwortlich für Inhalt und Redaktion: E. Pabel-Kastatt, für Lokales und Inserate: M. Barth. — Druck: R. & H. Greifer, Umbf., Kastatt, Kaiserstr. 40/42. — Anzeigenannahmeschluss 9 Uhr, bringende 10 Uhr.

Bezugspreis: Durch die Post monatlich 1,50 RM.; zuzüglich Postgebühren oder durch Träger frei Haus pro Monat 1,50 RM.; Einzelnummer 10 Reichspfennig. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Entschädigung bei verspäteter oder Nichterhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur bis 26. des Monats auf dem Monatsbillet angenommen werden.

Anzeigenpreis: Die einseitige 46 Millimeter breite Millimeterzelle 5 Reichspfennig; Reklameanzeigen Millimeter 15 Reichspfennig. — Beilagen: Das Tausend 10 Reichsmark. Bei Wiederholung Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und Konturfen wegfällt. — Für Platzvorschrift und Tag der Aufnahme wird keine Garantie übernommen. — D. A. 1920.

Nummer 18

Montag, den 22. Januar 1934

Jahrgang 17

## England kommt mit neuen Vorschlägen

London, 22. Jan. Die Kommentare der führenden englischen Sonntagblätter zum deutsch-französischen Meinungsaustrausch schlagen einen ziemlich hoffnungsvollen Ton an. „Sunday Times“ erklärt als erste Zeitung in einem Leitartikel,

daß der Schlüssel des deutsch-französischen Problems die Gleichberechtigung sei.

Alle übrigen Erwägungen über die Aufrüstung und die Stärken seien diesem Punkte untergeordnet. Es sei daher klar, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich sich nicht eigentlich um die Abrüstungsfrage, sondern um das Problem der Gleichberechtigung drehen. Wenn dieses geregelt sei,

sollte es für Deutschland und Frankreich und das übrige Europa möglich sein, ein Abkommen über ein gewisses Abrüstungsmaß zu erreichen.

Der „Observer“ meldet, daß nach der Ueberreichung der deutschen Noten an London und Paris der Zeitpunkt für eine englische Stellungnahme zum deutsch-französischen Meinungsaustrausch gekommen sei.

Der Hauptpunkt der englischen Vorschläge werde in einer Anregung zu sofortigen Verhandlungen über die Festsetzung einer oberen Grenze über die Seeres-, Flotten- und Luftstreitkräfte und zwar in erster Linie für Deutschland, Frankreich, Italien und England bestehen.

Die englischen Vorschläge

würden sich ferner auf die drei hauptsächlichsten deutsch-französischen Streitpunkte erstrecken, nämlich die Ablehnung

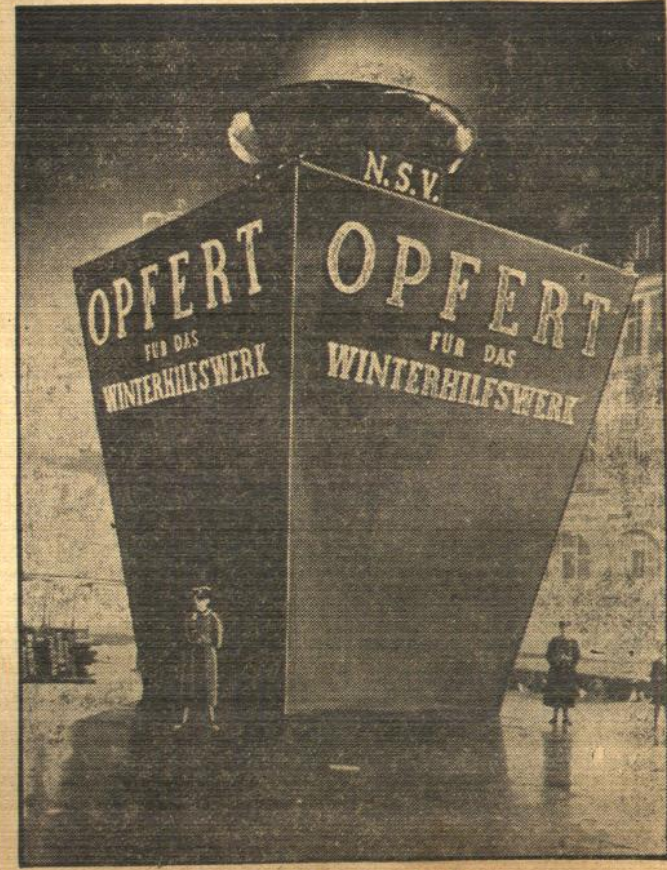
der sogenannten „Probezeit“ für Deutschland, die deutsche Forderung einer hundertprozentigen, anstatt einer fünfzigprozentigen Herabsetzung der französischen Luftstreitkräfte u. die französische Forderung nach einer fortschreitenden Sicherheitsmaschine, einschließlich der Bildung einer internationalen Luftpolizei. England würde vorschlagen:

1. Die Forderung nach einer Probezeit könne nicht mehr mit Aussicht auf Erfolg aufrecht erhalten werden. Das wichtigste Ziel sei die Erreichung einer Abrüstungsbegrenzung auf der Grundlage der Gleichheit, so daß ein Rüstungswettrennen vermieden werde.

2. Die einzige praktische Grundlage für eine Begrenzung der Luftmacht sei die Vereinbarung eines „Einmächtestandards“. Auf dieser Grundlage sollte es für Deutschland ein leichtes sein, die Entschliezung für das Verbot des Bombenabwurfs anzunehmen. Die Begrenzung würde nur für Militärflugzeuge anwendbar sein. Wenn diese Grundfänge angenommen würden, würde der Streit um eine fünfzig- oder hundertprozentige Herabsetzung bedeutungslos werden.

3. Die Möglichkeit einer internationalen Luftpolizei macht sich zwar erdrückt, die Wichtigkeit dieser Frage aber der sofortigen Festlegung der nationalen Streitkräfte auf einen vereinbarten Stand nachgestellt werden. Der praktische Wert einer solchen internationalen Luftmacht sei nach englischer Ansicht schwer festzustellen, da in einem Notzustand keine Garantie über die Verwendung sogenannter internationaler Flugzeuge für nationale Zwecke durch die Behörden des Landes in denen diese stationiert seien, vorhanden seien.

Die englische Regierung werde zunächst mit Frankreich und Italien hinsichtlich dieser drei Punkte Fühlung nehmen.



Opfersäule für das WHW auf dem Adolf-Hitler-Platz in Hamburg

## Japanische Vorstellungen in Rom

Tokio, 22. Januar. Die gesamte japanische Presse veröffentlicht heute Auszüge aus dem Artikel Mussolinis über die Lage im Fernen Osten. In japanischen politischen Kreisen betont man, daß in der letzten Zeit die italienische Presse mehrfach scharfe Angriffe gegen Japan gebracht habe und daß die Stellungnahme des Chefs der italienischen Regierung, Mussolini, zu der politischen Lage im Fernen Osten nicht dem traditionellen japanisch-italienischen Freundschaftsverhältnis entspreche.

In einer Pressebesprechung beim japanischen Außenministerium erklärte der Sprecher, daß die japanische Regierung zurzeit mit der Prüfung des Wortlauts des Artikels Mussolinis beschäftigt sei. Erst wenn die Prüfung vollendet sei, werde sie dazu Stellung nehmen können. Der japanische Außenminister Hirota hat den japanischen Botschafter in Rom beauftragt, die Angelegenheit mit Mussolini zu besprechen. Japan, so wird erklärt, liege sehr viel an der Aufrechterhaltung der japanisch-italienischen Freundschaft.

### Polnische Einfuhrsperrung gegen Danzig?

Danzig, 22. Januar. In Danziger Wirtschaftskreisen hat man mit Bestimmtheit festgestellt, daß die polnischen Grenzbehörden seit dem 15. Januar die Einfuhr von Danziger Lebensmitteln verboten haben. Nach der arundächtlichen Verständigung zwischen Danzig und Polen hatte man angenommen, daß die im Dezember erlassene polnische Verordnung, die auf dem Umwege über eine Untersuchung praktisch eine Einfuhrsperrung bedeutet, nicht mehr in Kraft treten würde. Wenn die polnische Grenze nunmehr doch zunächst für die Einfuhr geräucherter Fische und in den nächsten Tagen voraussichtlich auch für die Einfuhr von Käse, Ölen und Fetten gesperrt wird, so widerspricht diese Anordnung der arundächtlichen Verständigung zwischen Danzig und Polen. In Danziger Kreisen glaubt man, daß die maßgebenden polnischen Stellen Mittel finden werden, um zu verhindern, daß die zwischen den Regierungen vereinbarte Zusammenarbeit durch unverständliche Maßnahmen untergeordneter Behörden gestört werde.

## „Notwendige Feststellungen“

Peinliche Fragen an die Regierungskommission

Saarbrücken, 22. Jan. Die „Saarbrücker Zeitung“ hatte Samstagvormittag unter der Überschrift „Notwendige Feststellungen“ einige Bemerkungen zu den letzten Erläuterungen der Regierungskommission im Völkerverbundrat gemacht und dabei zum Schluß an die Regierungskommission folgende Fragen gestellt:

1. Hat nicht der vom Ueberwachungsamt erst im vorigen Jahre eingestellte Landjäger a. D. Graf 500 Franken (Weihnachtsgratifikation) erhalten? Es ist unseres Wissens derselbe Herr, der sich als französischer Staatsangehöriger nach einem als auffällig bemerkten nahen Umgang mit französischen Beamten plötzlich pensionieren ließ. In der Abteilung des Inneren hat man sich offenbar seiner Dienste erinnert und die Dienstunfähigkeit, die ja Voraussetzung der Pensionierung war, ist kein Hindernis für seine Wiedereinstellung.

2. Hat nicht der in der gleichen Abteilung eingestellte politische Flüchtlings Lehner ebenfalls eine ganz respektable Gratifikation, wie man sagt, eine noch höhere als Graf, erhalten?

3. Ist der ebenfalls dort eingestellte politische Flüchtling Lauriole nicht gleich bedrängt behandelt worden? Beide Beamte sind erst seit kurzem bei der betreffenden Abteilung

eingestellt. Was macht sie dem Abteilungschef so liebenswert? Warum werden sie so bevorzugt?

4. Hat nicht die Geheimfretärin des Direktors Heimburger, eine französische Staatsangehörige, eine Weihnachtsgratifikation von 1000 Franken erhalten?

Die Regierungskommission, Abteilung des Inneren, teilt hierzu mit:

Die von der „Saarbrücker Zeitung“ erneut veröffentlichten Falschmeldungen haben zu der Eröffnung einer amtlichen Untersuchung geführt, um die Verbreiter bzw. die Urheber der maßlos übertriebenen Nachrichten Nr. 1, 2 und 3 und der gänzlich unzutreffenden Nr. 4 festzustellen.

An die Nr. 4 knüpfte die „Saarbrücker Zeitung“ noch zwei weitere Fragen ohne besondere Nummerierung. Die erste lautet: Ist nicht der Emigrant Krumbach seit Anfang Januar bei der Polizeidirektion als Polizeihauptwachmeister, Befoldungsgruppe 7c, eingestellt, in einer Befoldungsgruppe also, die andere hiesigen Landjäger und Polizeiwachmeister erst nach einer Dienstzeit von vollen 12 Jahren erreichen? Und die folgende Frage: Ist nicht der Emigrant Baumann in gleicher Eigenschaft und unter Einführung in die gleiche Befoldungsgruppe seit Anfang Januar eingestellt?

## SA und Partei

Von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers.

NSA. Dem Januarheft der „Nationalsozialistischen Monatshefte“, das soeben unter dem Gesamttitel „SA und SS“ erschienen ist, entnehmen wir den nachstehenden Aufsatz des Stellvertreter des Führers:

Eigentlich war ich versucht, diesen Titel des mir gestellten Themas abzuändern, weil er irreführend ist. Er kann den Eindruck vermitteln, daß hier SA, dort die Partei sich gegenüberstehen zumindest aber als selbständige Gruppen nebeneinander herlaufen und ihr Verhältnis zueinander zur Diskussion stünde.

Ich habe den Titel nicht abgeändert, weil er mir den willkommenen Anlaß bietet, den vielfach verbreiteten Irrtum zu berichtigen. Er fand wohl neue Nahrung durch die letzten Minister-Ernennungen, wobei Röhm in seiner Eigenschaft als Chef des Stabes des Obersten SA-Führers ernannt wurde, während meine Ernennung in erster Linie auf meiner mehr politisch gefärbten Tätigkeit als „Stellvertreter des Führers“ beruht.

Tatsächlich wurden zwei führende Mitglieder der NSDAP Minister, welche zwei Teilgebiete innerhalb der Partei betreffen, die als geschlossenes Ganzes der Führung Adolf Hitlers untersteht. Sowohl der Stabschef wie der ihm unterstellte Reichsführer der SS, Himmler, und ich fühlen uns daher allem voran als Nationalsozialisten, als alte Kämpfer der Partei.

Die Gemeinschaft findet äußerlich ihren Ausdruck darin, daß Stabschef und Reichsführer der SS den politischen Führerrang eines „Reichsleiters“ mit dem Recht des Tragens eines entsprechenden Dienstanzuges inne haben, ohne daß sie Befehle des „Stellvertreter des Führers“ empfangen, andererseits letzterer Rang und Dienstanzug eines Obergruppenführers trägt, ebenso wie eine Reihe sonstiger politischer Führer SA- und SS-Ränge bekleiden, ohne befehlsmäßig dem Stabschef der SA zu unterstehen.

Die „Parteigenossen“ Röhm, Himmler und Heß denken nicht daran, etwa ihre Interessenvertreter der von ihnen verwalteten Teilorganisationen unter Außerachtlassung des Gesamtinteresses der Partei zu sein; stets sind sie bereit, Latten für die SA und SS auf der einen Seite, für die übrigen Organisationen der NSDAP auf der anderen Seite, auf sich zu nehmen, wenn es das Wohl der Partei erfordert. Denn die Partei ist heute Deutschland, und wahre Nationalsozialisten sehen in all ihrem Denken und in all ihrem Handeln vor sich nur: Deutschland.

So ist jeder SA-Mann ebenso wie jeder politische Führer oder SA-Führer nur Kämpfer im Rahmen der Partei für ein nationalsozialistisches Deutschland. Unterführer oder Geführte, die dies vermissen und ihre Sonderinteressen vor die Gesamtinteressen zu stellen suchen, werden zur Ordnung gerufen. Auch innerhalb der Partei und hinsichtlich ihrer Teilorganisationen gilt der Fundamentalsatz der NSDAP: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Es ist die vordringlichste Aufgabe des wahren Führers, stets zu wachen, daß die ehernen Grundsätze, auf denen die Gemeinschaft aufgebaut wurde, und die vielfach die Voraussetzung für das Fortbestehen der Gemeinschaft überhaupt sind, zumindest auf die Dauer nicht verlernt werden. Wohl kann sich die Notwendigkeit ergeben, gerade um die Erreichung des Endzieles willen, gerade zur Einhaltung der Hauptrichtung



# Ratsbeschluss über die Saar

## Sicherung der freien Wahl

Genf, 21. Januar. In den Wandelgängen des Völkerbundhauses wurde gestern Abend bekannt, dass der Rat sich auf eine gemeinsame Erklärung über die Behandlung des Saarproblems geeinigt habe. Der Rat trat dann noch einmal zu einer kurzen Geheimnisratung zusammen und begab sich darauf in die Glasveranda zur öffentlichen Tagung, auf deren Tagesordnung als dritter Punkt stand: Vorbereitende Maßnahmen im Hinblick auf die Volksabstimmung im Saargebiet.

Dabei nahm der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes am Ratsitz Platz. Der italienische Berichterstatter verlas nach der Eröffnung der Sitzung den als Kompromiß zwischen der französischen und der englisch-italienischen Auffassung zustande gekommenen Bericht, in dem folgende Erklärung des Rates enthalten ist:

Der Völkerbund billigt die Schlussfolgerung des Berichtes. Er drückt seinen Willen aus, alle Pflichten zu erfüllen, die ihm in Hinblick auf die Vorbereitung der Durchführung der Volksabstimmung im Saargebiet im Jahre 1935 obliegen, mit dem Ziele, die freie, geheime und ehrliche Wahl zu sichern.

Er fordert besonders seinen Ausschuss auf, im Hinblick auf den Bericht, den der Ausschuss ihm vorlegen soll, 1. die Maßnahmen zu prüfen, durch die unter Anwendung aller geeigneten Mittel die Ordnungsmäßigkeit des Wahlganges gesichert werden kann; 2. besonders in Betracht diejenigen Mittel zu ziehen, um die Bevölkerung vor jedem Druck und vor jeder Bedrohung zu schützen, die die Ehrlichkeit der Abstimmung beeinflussen könnten;

3. Anregungen zu prüfen, die die Regierungskommission des Saargebietes unterbreiten könnte, soweit sie die Aufrechterhaltung der Ordnung während der Periode der Volksabstimmung betreffen.

Der Rat beschließt, die 20000 Schweizer Franken für die ersten Ausgaben die durch Befragung von Sachverständigen entstehen könnten zur Verfügung zu stellen.

In dem Bericht selbst wird zunächst der Paragraph 34 des Kapitels 3 des Verfallter Vertrages wörtlich zitiert, der die Bedingungen der Saarabstimmung enthält. Der Bericht weist dann auf die Verantwortung hin, die der Rat durch diese Bestimmungen übernehme.

Die Abstimmung müßte im Einklang mit dem Text des Friedensvertrages im kommenden Jahre stattfinden.

Es wird also vermieden, irgend ein bestimmtes Datum anzugeben oder auch nur hervorzuheben, daß die Abstimmung unter allen Umständen schon in der ersten Hälfte des Jahres 1935 stattfinden muß. Immerhin hebt der Bericht hervor, daß es notwendig ist, schon jetzt vorbereitende Maßnahmen zu treffen.

Nach Verlesen des Berichtes schlug Aloisi, das argentinische Ratsmitglied Gantilo und das spanische Ratsmitglied Madariaga als die beiden anderen Mitglieder des Dreierausschusses vor.

Der französische Außenminister Paul-Boncour ließ es sich nicht nehmen, daraufhin in längeren Ausführungen den Ratsbericht und die Erklärungen des Rates vom französischen Standpunkt aus zu erläutern und auf die Punkte besonders hinzuweisen, auf die Frankreich Wert legt. Die Abstimmung würde illusorisch sein, wenn zu dieser Zeit die Ordnung nicht aufrecht erhalten werden könnte. Nach seiner Auffassung habe der nun ernannte Ausschuss alle Vollmachten, um dem Rat später alle hierfür notwendigen Maßnahmen, auch wie er betonen wollte, außerordentlich schwerwiegende, vorzuschlagen.

## In wenigen Worten

**Berlin:** Nach einer Mitteilung der Presseabteilung des Reichsnährbundes ist der bayerische Landesbauernführer Luber bis zum Abschluß des von ihm gegen sich selbst eingeleiteten Ehrenverfahrens beurteilt worden.

**Nürnberg:** Auf einer Kundgebung der Fachgruppe Reichsbahn der NSD und NSDA erklärte der stellvertretende Direktor der Reichsbahn, Kleinmann, daß die Deutsche Reichsbahn im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit 1,7 Milliarden in die Wirtschaft hineingeworfen habe, um die Schlotte wieder zum Rauchen zu bringen.

**Friedrichroda:** Die SA-Führer-Tagung in Friedrichroda hat am Sonnabend mit Besprechungen organisatorischer Natur ihren Fortgang genommen. Reichsminister Stabshof Röhm hielt eine anschließende Rede, in der er das Ergebnis der Tagung zusammenfaßte und an die versammelten SA-Männer den Appell richtete, den Geist der Volksgemeinschaft, den der Führer gepredigt habe, auch künftig als Grundlage der Erziehungsarbeit der SA zu lassen.

**London:** Die Reuter aus Tschanghaï meldet, hatte der mandchurische Ministerpräsident am Sonnabend dem bisherigen Präsidenten Puwei in feierlicher Form den mandchurischen Kaiserthron angeboten. Puwei hat die Kaiserwürde von Mandchuko angenommen.

**Paris:** Ministerpräsident Chaumet hat gestern verschiedene Besprechungen in der Stawisky-Angelegenheit.

**Paris:** Vor der Pariser Börse kam es am Sonnabend nachmittags zu einer Protestkundgebung der Börsenmakler wegen des Stavisky-Standals. Die Polizei sah sich gezwungen, den Vorhof der Börse einige Zeit zu schließen und Verstärkung herbeizurufen, um die Ruhe wiederherzustellen. Vier Personen wurden verhaftet.

**Washington:** Nach der Annahme des Abschnittes des Rooseveltschen Währungsgeleges, der die Uebertragung der Goldbestände der Federal Reservebank auf das Schatzamt vorsieht, hat das Parlament in späterer Nachtstunde auch die gesamte Währungsvorlage antagehoben.

**Schanghaï:** Chinesische Regierungskräfte besetzen gestern die Stadt Tschanghaï, wo sich die Reste der australischen Truppen-Armee befinden, mit Bomben. Bis jetzt werden 20 Tote und Vermundete gemeldet.

**Buenos Aires:** In Buenos Aires ist eine Hitzewelle hereingebrochen, die das Thermometer auf 40 Grad im Schatten ansteigen ließ.

# Treuekundgebung der badischen Beamten

Karlsruhe, 22. Jan. In der überfüllten Festhalle sprach anlässlich der großen Treue- und Dankkundgebung der badischen Beamten am Samstagabend der Führer des Reichsbundes der deutschen Beamten Hermann Reef

über den Kampf des Nationalsozialismus um das Dritte Reich und im besonderen sprach er über das Thema „Der Beamte im neuen Deutschland“.

Beamtenschaftler Reef führte etwa folgendes aus: „Wir können es heute kaum glauben, daß das Volk früher einstens war, daß jeder früher nur sich selbst und nur seinen Stand kannte, daß früher die Landesgrenzen vor den gemeinsamen Vandalen des deutschen Völkers lagen.“

Er ging zuerst näher auf die Ursachen des Verfalls ein, auf den Liberalismus, auf die Lehre von der Freiheit des Einzelmenschen, die keinerlei Verpflichtungen den anderen Volksgenossen gegenüber kannten, und auf die Lehre von Karl Marx, die den Trennungstrieb zwischen den zwei Schichten des deutschen Volkes noch vertiefte. Aber wir dürfen nicht annehmen, daß der November 1918 den materialistischen Geist geschaffen hatte, dieser Geist des Verfalls war schon in der Vorkriegszeit vorhanden. Auch das deutsche Beamtentum der Vorkriegszeit war keineswegs gesund geblieben.

Der heute errungene Erfolg der Vernichtung des Marxismus ist sehr groß; aber wir dürfen uns nicht damit begnügen, sondern wir müssen die Entstehungsursache des Marxismus den Standesdübel, die Reaktion vernichten. Wir haben nichts mit den reaktionären Kreisen gemein, die uns heute loben, weil wir die Marxisten und Kommunisten besiegten. Wir haben nicht die Vorherrschaft des Proletariats deshalb bekräftigt, damit eine andere Schicht nun die Vorherrschaft bekommt, sondern wir stellen der Vorherrschaft einer Schicht die Volksgemeinschaft entgegen. Der Standesdübel, die Reaktion muß für ewig aus dem deutschen Volke beseitigt werden.

Wir dürfen und werden uns ferner nicht die Mühen derjenigen aneignen, die nicht einmal in der Lage waren, Deutschland zu regieren. Denn es hieße, den Sieg aufs Spiel setzen, wenn wir von unieren Besiegten die Formen annehmen würden. Mühen die anderen in ihren Formen erstickten, wir lassen sie, sie sind uns nicht gefährlich, sie sollen sich ruhig selbst begraben. Nur wir müssen uns selbst getreu bleiben. Das Volk kennt uns als treue, ehrliche Kämpfer, für die es nie Kompromisse gab und gibt, diese unsere Tugenden lassen wir uns aber nicht durch die bürgerlichen Tugenden erlösen. Das Volk wird uns schämen und trenn bleiben, solange wir diese, oft auch sehr rauhe, Kampfweise behalten.

Unser Ziel war nicht, alle unsere Programmpunkte schon in ganz kurzer Zeit zu verwirklichen, denn dies wäre nur mit Kompromissen möglich, wir werden unser Programm schematisch vollenden. Eines nach dem andern, aber alles richtig und unverändert.

Wir Nationalsozialisten sind Kämpfer in der Abwehr wie im positiven Aufbau, wir kämpfen beharrlich um unser Ziel. Alle, die da glauben, die früheren im deutschen Volke vorhandenen Gegensätze wieder aufzurichten zu können, müssen sich darüber klar sein, daß wir in der Abwehr dieser Herosche die alten harten Kämpfer geblieben sind. Wenn heute jemand meint, neben seiner selbstzergerichteten Tätigkeit auch Politik machen zu müssen, dem halten wir entgegen: wir Nationalsozialisten haben niemals einen Kampf geführt gegen die Kirche, wir haben aber erleben müssen, daß die Kampfweise der Kommunisten oft auch von Seiten angewandt wurde, die die Priesterweihe hinter sich hatten. Wir gestatten daher der Kirche nicht, sich wieder in die Politik zu mischen. Und wenn es heute noch Priester gibt, die glauben, die Kanzel für ihre politischen Zwecke benutzen zu können, dann ist es unsere Pflicht, dagegen einzuschreiten und die Nation und auch die Kirche vor solchen Mißbräuchen zu schützen.

Die Kirchen waren niemals mehr geschützt in Deutschland als heute im Deutschland Adolf Hitlers. Unsere Aufgabe ist es, die Kirchen und heiligen Stätten vor jeder Entweihung zu schützen. Unsere Jugend erziehen wir dagegen allein in der HJ politisch.

Scharf wandte sich der Redner nun gegen die politisch-kirchlichen Zeitungen und Jugendverbände. Er betonte,

daß er sich heute in der Beamtenschaft nur deshalb über diese Themen geäußert habe, damit sich alle klar darüber seien, daß sie Bescheid wissen. Auch die reaktionäre Gefahr sei noch nicht ganz überwunden, aber gerade auch in unseren Kreisen ist schon vieles besser geworden.

In der Frage der Gleichstellung empfahl der Redner allen ganz besonders, sich auch zu Hause, bei sich selbst in der Gleichstellung zu betätigen und warnte ganz besonders vor der großen Gefahr des Standesdüfels; denn wenn er nicht ganz ernsthaft vernichtet würde, dann würde in zwanzig Jahren in Deutschland wieder der Klassenkampf herrschen und die ganze Arbeit wäre umsonst gewesen.

Standesdübel vernichten heißt aber noch lange nicht Disziplinlosigkeit; denn Disziplin und Autorität im Dienst hat nichts mit Standesdübel zu tun.

Jeder Mensch muß als Mensch geachtet werden, der Rang ist nur der Grad der Verantwortung, der Wert der Persönlichkeit hat damit gar nichts zu tun. Autorität kann man nur durch Leistung erringen.

Wir müssen uns von all diesen äußerlichen Gesichtspunkten, die wir traditionell übernommen haben, frei machen. Die Vorbildung allein ist nicht maßgebend für die Einschätzung des Einzelnen als Mensch. Vorbildung ist für viele Verufe eine Notwendigkeit, aber es wäre ein Wahnsinn, den Wert des Einzelnen davon abhängig zu machen. Keiner hat keine Vorbildung aus sich heraus bekommen, keiner kann deshalb



Hermann Reef

lügen, daß er der geistig Höherstehende sei. Vorbildung ist eine Sache des Geldbentels der Eltern und wir müssen ihnen dankbar sein, daß sie uns dies alles haben lernen lassen, und dann nicht vergessen, daß das ganze Volk mitgeholfen hat, jedem Einzelnen die Vorbildung zu ermöglichen.

Die Schranken, die der natürlichen Volksgemeinschaft im Wege standen, konnten durch Gelecke beseitigt werden. Neugierlich kann man alles überbrücken, kann man die Landesgrenzen stark abbauen, die konfessionellen Unterschiede nach außen hin eindämmen. Man darf nie das Trennende

in den Vordergrund des Denkens schieben, sondern das, was uns eint. Wir werden niemals der deutschen Kirche eine Erziehung zulassen, die dahin ginge, daß der deutsche Katholik sich einem getauften Neger mehr verbunden fühlt als seinem evangelischen Blutsbruder.

Wohl sind alle diese Hindernisse äußerlicher Art beseitigt worden, aber werden noch beseitigt werden, aber die Herstellung der Volksgemeinschaft kann nur durch das Volk selbst geschaffen werden.

Nationalsozialist muß man werden, aber man darf nicht annehmen, daß Nationalsozialist sein identisch wäre mit Parteimitglied sein. Der Nationalsozialismus hat ganz und gar nichts mit der Parteikarte zu tun, Nationalsozialismus ist die Tat. Nationalsozialismus ist keine Theorie, die man lernen kann, er muß innerlich erlebt werden. Nationalsozialismus ist keine Sache des Intellekts, sondern es ist eine Sache des Herzens, des Gemüts. Jeder Nationalsozialist muß die in Deutschland geführte Revolution erst einmal innerlich selbst mitgemacht haben. Nationalsozialismus bedeutet ein hohes Kampferstum, aber nicht nur gegen die anderen, die Nichtnationalsozialisten, sondern auch gegen sich selbst. Es gibt nur einen hundertprozentigen Nationalsozialisten, und das ist Adolf Hitler. Wir haben zu streben und zu kämpfen, daß wir ihm gleichkommen.

Ein besonderes Augenmerk haben wir auf unsere Jugend; denn die muß das Werk vollenden, denn das, was wir heute haben, ist noch nicht das Dritte Reich, um das wir gekämpft haben, wir müssen weiter kämpfen, wir haben zu kämpfen wie vor 10 Jahren, nur heute kämpfen wir mit anderen Mitteln und gegen andere Feinde. Vielleicht ist auch dieser Kampf schwerer, weil der Gegner getarnt ist.

In der deutschen Jugend liegt unsere Zukunft. Wir haben kein Interesse, von heute auf morgen das Dritte Reich aufzubauen, wir haben keine Eile, denn wir sind gesund, wir können auch noch in hundert Jahren daran bauen. Unsere Sorge gilt nur dem Geist, daß er rein erhalten bleibt, dann werden wir ewig leben in Deutschland. Es hat sehr, sehr lange gedauert, bis das deutsche Volk sich aus der Theorie gelöst hat und Praxis geworden ist. Bismarcks Mission war, das deutsche Volk äußerlich zu einigen, des Führers Mission ist, das deutsche Volk innerlich zu einigen.

Früher dachte die Beamtenschaft an Befolungsgruppen. Hier haben wir schon viel erreicht. Früher wäre es unmöglich gewesen, daß der obere Beamte und der untere Beamte und sogar derselben Kategorien oder derselben Befolungsgruppen an einen Tisch zu bringen und so entstanden auch die 900 verschiedenen Beamtengruppen, die sich gegenseitig manchmal recht scharf bekämpften. Es kämpfte Beamtenschaft gegen Beamtenschaft.

Nun konnte man nicht blindlings die gesamten Verbände auflösen; denn neben ihren großen grundsätzlichen Fehlern schafften sie auch nebenher allerlei Gutes. Zuerst ließ man sie in die großen Beamtenorganisationen übergeben (Reichsbahn, Post).

Der Redner geistelte dann den Kampf der Beamten früher untereinander, wobei es über 900 Beamtenverbände gegeben habe. Weiter gab er ein Bild der Entwicklung der NS-Fachschaften und des Beamtensbundes. Die einzige Einrichtung, die sich mit der Erziehung des Beamten zu befassen hat, ist die NSDA. Alle Personalreferentenstellen der Beamten werden künftig nur mit alten Parteigenossen besetzt werden.

Reef sprach schließlich über verschiedene Beamtensfragen, wie die Verschuldung der Beamtenschaft, die Erholungsheime usw., wobei er sich gegen eine Ueberorganisation wandte. Es ist erfreulich, daß gerade die unteren Beamtenskreise beträchtliche Summen für das Winterhilfswerk aufgebracht haben. Denn es, so schloß der Redner seine oft durch harten Verfall unterbrochenen Ausführungen, gelungen ist, unseren noch arbeitslosen Volksgenossen wieder zu Arbeit und Brot verholfen zu haben, dann können die Wünsche der Beamtenschaft befriedigt werden. Wir wollen ein gutes Instrument sein in der Hand des Führers zur Durchsetzung der ihm gestellten Aufgaben.

Gausführer Heitz brachte ein Sieges-Weiß auf Führer und Vaterland aus, das brauend aufgenommen wurde. Und dann sang man spontan das Horst-Wessel-Lied. Nach der Verlesung von Begrüßungstelegrammen an den Führer, Reichsinnenminister Frick, Gauleiter Robert Wagner und Gauleiter Sprenger-Frankfurt a. M. und dem Ausmarsch der über 100 Fahnen wurde die mächtige Kundgebung geschlossen.





